

■ III. Deutsch-Griechischer Mediendialog

## Flüchtlinge in Griechenland und Deutschland: Eine epochale Herausforderung

Veranstalter: Südosteuropa-Gesellschaft  
Delphi, 6.-8. Mai 2016

*Bericht von Helge Dresen, Athen*

□ „Viele Forschungsfragen wurden beantwortet, neue wurden aufgeworfen – der bi-nationale Dialog zwischen Deutschland und Griechenland jedenfalls, bleibt wichtiger denn je“, so fasste Dr. **Jens Bastian** die Ergebnisse des dritten deutsch-griechischen Mediendialogs zusammen. Bastian hatte als Mitglied des Konferenzkomitees der Südosteuropa-Gesellschaft mit Prof. **Heinz-Jürgen Axt**, Dr. **Hansjörg Brey** und Dr. **Claudia Hopf** zwischen 6.-8. Mai 2016 in das

Europäische-Kulturzentrum nach Delphi geladen, um unter dem Titel „Flüchtlinge in Griechenland und Deutschland: Eine epochale Herausforderung“ Ursachen und Implikationen der so genannten „Flüchtlingskrise“ im Ländervergleich zwischen Griechenland und Deutschland zu diskutieren. Nach den ersten beiden Veranstaltungen des Dialogformats in Deutschland fand nun die dritte Ausgabe erstmalig in Griechenland statt.

30 Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Medien und Forschung waren dem Ruf der Südost-europa-Gesellschaft aus München an den antiken „Nabel der Welt“ gefolgt und tauschten sich thematisch im Rahmen fünf verschiedener Panels aus: Nationale Politik-Reaktionen auf die Flüchtlingskrise, europäische Politik-Reaktionen, Reaktionen der Kommunen und Zivilgesellschaften, erstarkender Populismus in Griechenland und Deutschland sowie schließlich die Rolle der Medien in beiden Ländern. Durch diese Panelstruktur sowie die thematische Ausrichtung der Konferenz insgesamt wurde inhaltlich ein vergleichender Querschnitt geliefert: Von der kleinsten kommunalen Ebene über die nationale und europäische Ebene bis hin zu den Politikfeldern der Populismus-, Extremismus- und Medien-Forschung.

### **Nationale Politik-Reaktionen: Die Flüchtlingskrise als „Reality Check“?**

Das erste Panel zu den ergriffenen Maßnahmen auf deutscher Seite leitete Dr. *Jan Schneider* ein, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Leiter des Forschungsbereiches des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration in Berlin (SVR). Schneider plädierte sogleich für eine Entschärfung einer allgemeinen Hysterie und mahnte zu mehr Sachlichkeit in der Debatte. Er wandte sich gegen den Begriff der so genannten „Flüchtlingskrise“, indem er auf folgendes Zitat verwies: „Die Flüchtlingskrise ist eine persönliche Krise für die Flüchtlinge – für uns ist es eine Aufgabe.“

Wie Deutschland diese Aufgabe auf nationaler Ebene versucht zu erfüllen, zeichnete Schneider kenntnisreich nach und wandte sich damit gegen ein weitverbreitetes Missverständnis: Die vermeintliche deutsche Grenzöffnung im September 2015 sei keine 180 Grad-Wende der Bundeskanzlerin gewesen – vielmehr seien die Grenzen in Deutschland als Mitglied des Schengen-Raums bereits offen gewesen. Nach der Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge, die in Budapest im September 2015 festsaßen, sei Deutschland dann zunächst schlichtweg überfordert gewesen. 2016 sei mit den Asylpaketen I und II durch eine bundesweite Verteilung der Flüchtlinge im Sinne einer gesamtdeutschen Lösung versucht worden, der Lage Herr zu werden. Im Kern hätten die Maßnahmen zweierlei Ziele verfolgt: Einerseits durch Abschreckung die Zahl derjenigen zu reduzieren, die nach Deutschland ohne Bleibeperspektive kommen. Andererseits die Verfahren zu beschleunigen und die Integration denjenigen zu erleichtern, welche Aussichten auf einen positiven Asylbescheid haben, so Schneider.

Von griechischer Seite informierte Prof. *Vasileios Karydis*, seit November 2015 Ombudsmann der Athener Verwaltung, der qua Amt das Funktionieren der Verwaltung unabhängig überprüfen und ihre Probleme identifizieren soll. Karydis verglich die steigenden Flüchtlingszahlen in Griechenland mit Entwicklungen in den 1990er Jahren, identifizierte aber einen entscheidenden Unterschied: Zwar seien damals auch etwa eine Million Flüchtlinge vom Balkan nach Griechenland gekommen – heute wollten diese aber nicht in Griechenland bleiben, sondern Richtung Deutschland weiterziehen. Griechenland habe sich von einem Ziel- zu einem Transitland gewandelt, so Karydis. Auch wenn Probleme bei der Einrichtung und Implementierung beschlossener Maßnahmen bestehen würden – etwa der so genannten griechischen Hotspots – plädierte Karydis leidenschaftlich dafür, zu den europäischen Werten zu stehen: Die Fluchtursachen und Konflikte in Syrien, Afghanistan und Irak müssten beendet werden und die Genfer Flüchtlingskonvention in der Praxis tatsächlich angewandt werden, so der Ombudsmann.

In der anschließenden Diskussion unterbreitete insbesondere Jens Bastian einen innovativen Vorschlag, um den Austausch zwischen Deutschland und Griechenland auf nationaler wie auch kommunaler Eben zu fördern: Es existierten zahlreiche deutsch-griechische Städtepartnerschaften, so Bastian. Hier liege immenses Potenzial, um Expertise und Erfahrung, *best-practice*-Beispiele und Knowhow zwischen beiden Ländern auszutauschen.

### **Europäische Politik-Reaktionen: Das EU-Türkei-Abkommen und eine Reform des europäischen Asylsystems?**

Die Entwicklungen auf europäischer Ebene im Rahmen des zweiten Panels fassten von deutscher Seite *Alexandra Stiglmayer* der European Stability Initiative (ESI) und *Dimitris Skleparis* von der Hellenic Foundation for European & Foreign Policy (ELIAMEP) von griechischer Seite dezidiert zusammen. Zwei Experten, die besonders geeignet waren, den hoch aktuellen und brisanten europäischen Gesamtkontext darzulegen – hatte doch insbesondere die ESI Ende 2015 mit dem Bericht „The Merkel Plan“ ein Dokument vorgelegt, dessen Elemente einige Experten als Grundlage für die Politik der Bundesregierung bezeichnen.

Der Ansatz, den die Bundesregierung verfolge, so Alexandra Stiglmayer, sei Illegalität durch Legalität zu ersetzen. Eine Schlüsselfunktion habe dabei die Türkei und mit ihr das Abkommen, welches mit der Europäischen Union (EU) in den vergangenen Monaten ausgehandelt wurde. Es basiere nach Stiglmayer auf zwei wesentlichen Mechanismen – einem verpflichtenden „One-to-One“-Mechanismus sowie einem freiwilligen Verteilungsmechanismus. Einerseits habe sich die EU dazu verpflichtet, für jeden illegalen Flüchtling, der auf den griechischen Inseln ankomme und fortan in die Türkei zurückgeschickt werde, einen Flüchtling aus der Türkei legal in Europa aufzunehmen. Andererseits sollten die ankommenden Flüchtlinge auf freiwilliger Basis dann an aufnahmewillige EU-Mitgliedstaaten verteilt werden.

Das Abkommen sei prinzipiell als Erfolg zu bewerten, so Stiglmayer, allerdings nur wenn es darum ginge, die Anzahl der ankommenden Flüchtlinge zu reduzieren. Hier habe das Übereinkommen einen Abschreckungseffekt ausgeübt. Die Umsiedlung und Rückübernahme der Flüchtlinge aber funktioniere – gelinde gesagt – im besten Fall schleppend. Insbesondere an die EU-Kommission gerichtet hielt die Migrationsforscherin fest, dass hier zu viele Vorschläge existierten, aber zu wenig Implementierung erfolge. Anstatt fortwährend neue Maßnahmen zu unterbreiten, stehe die Kommission in der Pflicht, bereits beschlossene Maßnahmen umzusetzen. Den Vorwurf, die EU-Kommission bzw. „Europa“ verkaufe sich an die Türkei, ließ Stiglmayer dabei nicht gelten. Zum einen schultere die Türkei mit drei Millionen aufgenommenen (hauptsächlich syrischen) Flüchtlingen die Hauptlast der so genannten Flüchtlingskrise und habe überdies erste Schritte unternommen, um Flüchtlingen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern und ihre Gesundheitsversorgung zu verbessern. Zusätzlich sei weder der an Projekte gebundene Betrag, den die EU laut Abkommen an die Türkei zahle (3 Milliarden Euro in einer ersten Tranche), aus der Perspektive der Mitgliedstaaten zu hoch, noch die Aussicht auf Visa-Liberalisierung eine Überraschung. Diese, so Stiglmayer, wäre so oder so Ende 2016 in Kraft getreten und finde für 2,7 Millionen Türken in Form des „Green“- bzw. „Grey“-Passes ohnehin bereits statt.

Wie sich die Situation mit dem geltenden EU-Türkei-Abkommen nun weiterentwickle, bleibt abzuwarten. Nach dem Rücktritt des bisherigen türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu, der laut Stiglmayer gewisse Auswirkungen auf die türkisch-europäischen Beziehungen haben werde, gelte es aber vor allem, die Entwicklung neuer unregelter Fluchtkorridore – etwa über Libyen nach Italien – zu unterbinden.

Dimitris Skleparis von ELIAMEP beleuchtete die Sachlage aus der griechischen Perspektive und lieferte weiterführende Zahlen und Statistiken. Tiefergehend ging Skleparis insbesondere auf das „dysfunktionale“ europäische Asylsystem ein. Das bisherige Asylsystem sei „asymmetrisch“; es belaste verstärkt und einseitig diejenigen Mitgliedstaaten, die über europäische Außengrenzen verfügen. Was wir brauchen, so Skleparis, sei ein funktionierendes, einheitliches, europäisches Asylsystem.

### **Die Rolle von Zivilgesellschaft, Kommunen und NGOs: Eine Welle der Solidarität trotz Koordinierungsschwierigkeiten**

Im Rahmen des dritten Panels wurde über die Rolle der Zivilgesellschaft, von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und örtlichen Gemeinden diskutiert, die von den Entwicklungen des letzten Jahres besonders betroffen waren. *Nikos Kostopoulos*, Sachverständiger für die Region der nordägäischen Inseln, gab Einsichten aus der Perspektive der griechischen Verwaltung, *Birgit Zörner* als Sozial- und Sportdezernentin der Stadt Dortmund von deutscher Seite, und *Dorothee Vakalis* berichtete von dem Engagement der NAOMI Flüchtlingsinitiative in Idomeni.

Zunächst hob Kostopoulos die große Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft hervor, welche die griechische regionale und lokale Bevölkerung den angekommenen Flüchtlingen entgegengebracht habe. Die Menschen vor Ort hätten gerade dort den größten Anteil an humanitärer Hilfe geleistet, wo der griechische Staat versagt habe. Ohne das aufopferungsvolle Engagement der Zivilgesellschaft – trotz der gleichzeitigen gravierenden Finanzkrise – wäre dies nicht möglich gewesen, so Kostopoulos. Doch könne man Griechenland alleine keinen Vorwurf machen, wenn Europa insgesamt überfordert und planlos agiere. Kostopoulos hielt abschließend fest, dass Griechenland und auch Europa einen Integrationsplan bräuchten. Hier gehe es nicht um Zahlen oder Statistiken – hier gehe es um konkrete Maßnahmen zur Integration und die müsse tagtäglich geschehen.

Ein Ansatz, den in ihrem folgenden Vortrag auch Birgit Zörner von der Stadt Dortmund unterstützte: Es gehe in Deutschland nicht mehr nur um die reine Annahme der Flüchtlinge, sondern auch um eine Aufnahme der Flüchtlinge in die Gesellschaft durch aktive Integration. Zwar sei die Stadt Dortmund nicht derart überfordert gewesen wie die griechischen Behörden – so habe in Dortmund etwa kein einziger Flüchtling eine Nacht auf der Straße verbringen müssen –, aber auch in Dortmund habe es zunächst Koordinierungsschwierigkeiten zwischen Bund und Land gegeben. Auch dem deutschen Staat käme hier eine Integrationsaufgabe zu. Und die erfolge in erster Linie über die Sprache, weshalb es Kurse für Flüchtlinge ganz gleich welcher Herkunft bräuchte, so Zörner.

Fakt sei auch, dass es für wirkliche Integration natürlich Geld bedürfe – egal ob in Deutschland oder in Griechenland, so die Feststellung der Runde später. Doch existiere in Deutschland die so genannte schwarze Null und auch in Griechenland sei aufgrund der Wirtschaftskrise und des verabschiedeten Hilfsprogrammes der finanzielle Spielraum eingeschränkt. Vielleicht, so Jens Bastian, brauche man im Zuge der so genannten Flüchtlingskrise auf beiden Seiten etwas mehr fiskalpolitische Flexibilität.

Das Panel rundete eine bewegende Schilderung der Arbeit der NAOMI-Flüchtlingshilfe ab. Das Engagement Einzelner sei hier wirklich großartig, so Dorothee Vakalis. Manchmal sei die Arbeit kleinerer NGOs entscheidender als die Arbeit der größeren Institutionen vor Ort, die mitunter nicht so flexibel agieren könnten und primär über Erfahrungen in der Arbeit in Entwicklungsländern verfügten – nicht aber in europäischen Ländern wie Griechenland. Mitunter reiche bloßes Verwalten nicht aus, sondern praktisches, unkompliziertes Helfen Einzelner sei gefordert.

Vakalis wünschte sich mehr Sachlichkeit in der Berichterstattung über die Zustände in den Flüchtlingscamps, insbesondere von den deutschen Medien. Dramatische Bilder gebe es in der derzeitigen Situation immer zu senden. Wenn aber z.B. die Essensausgabe völlig reibungslos und friedlich funktioniere, dann sei dies laut Vakalis keine Meldung wert.

### **Wachsender Populismus und Extremismus: Schlägt die Stimmung um?**

Das vierte Panel beschäftigte sich mit stärker werdenden populistischen Strömungen in beiden Ländern und stellte die Frage, ob sich die Stimmung in der Bevölkerung und auf politischer Ebene in Griechenland und Deutschland von einer anfänglichen Willkommenskultur zu einer Migranten-unfreundlichen Abschottungspolitik wandeln könnte. Eine Frage, die *Tassos Telloglou*, Journalist aus Athen, nachdenklich mit „Ja“ beantwortete. Es gehe um die Anerkennung der staatlichen Aufnahme-fähigkeit sowie der politischen Realität innerhalb der jeweils aufnehmenden Bevölkerung, so Telloglou. Und die sei in Griechenland nicht zuletzt aufgrund der Wirtschaftskrise angespannt. Dabei könne es nicht nur um die reine Verteilung von Flüchtlingen innerhalb Europas insgesamt wie innerhalb Griechenlands gehen. Damit die Stimmung nicht kippe, brauche es konkrete Maßnahmen für die ankommenden Menschen und Familien. Kinder müssten zur Schule, Eltern bräuchten Jobs – all dies könne Griechenland derzeit aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation nicht bereitstellen. Derzeit lege der griechische Staat überdies keinen Plan vor, wie Integration zu schaffen sei – vielleicht auch, weil er damit schlichtweg überfordert sei. Dies sei umso bedenklicher, da Integration ein langer Prozess sei und nicht über Nacht geschehe, so Telloglou abschließend.

*Matthias Quent* analysierte in seinem Vortrag die deutsche Sachlage. Der (Rechts-)Extremismusforscher von der Universität Jena stellte drei Dinge heraus: Erstens sei eine zunehmende Polarisierung der deutschen Gesellschaft zu beobachten. Einerseits stünden großer Hilfs- und Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung gegenüber den vielen Ankommenden zunehmende Übergriffe und Brandanschläge auf Flüchtlingsheime gegenüber. Nicht zuletzt deswegen habe laut Quent der deutsche Bundespräsident auch von „Hell- und Dunkel-Deutschland“ gesprochen, was sich in der so genannten Flüchtlingskrise gezeigt habe. Zweitens thematisierte Quent das Narrativ neuer populistischer Bewegungen (AfD, PEGIDA). Diese würden sich als Anti-Establishment Parteien bzw. Bewegungen und „Anwalt des kleinen Mannes“ inszenieren. Rhetorisch werde mit Begriffen wie „Invasion“ und „Überfremdung“ der vermeintliche Untergang der eigenen (Leit-)Kultur suggeriert. Flüchtlinge, Migranten und Ausländer insgesamt würden als Projektionsfläche und Sündenböcke instrumentalisiert. Drittens sei daher abschließend, so Quent, der Begriff „Flüchtlingskrise“ verfehlt. Aus der Sicht der Extremismus-Forschung müsse man vielmehr von einer „Rassismus-Krise“ in Deutschland sprechen.

Letzter Vortragender im Rahmen des Populismus-Panels war *Christos Katsioulis* von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Athen. Um den abstrakten Begriff der „Stimmung“ in Griechenland analytisch fassbar zu machen, griff Katsioulis aktuelle Umfrage-Ergebnisse auf: So würden 75 Prozent der Griechen nicht finden, dass sie in einer echten Demokratie lebten. 60 Prozent der Griechen stimmten zu, dass die ankommenden Flüchtlinge nicht integriert werden könnten. Das Zugehörigkeitsgefühl zu Europa nehme bei den Bürgern ab, der Eindruck fremdbestimmt zu werden dagegen zu. Solche alarmierenden Zahlen und Entwicklungen, so Katsioulis weiter, stellten einen gefährlichen Nährboden für populistische und extremistische Parteien dar, denen es in Griechenland bereits gelungen sei, diese Stimmung auch in elektoralen Erfolg umzumünzen. Überaus Besorgnis erregend sei dabei der Erfolg der rechtsextremistischen Partei „Goldene Morgenröte“, welche mit rassistischen Parolen bei der letzten Wahl 2015 sieben Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte. Die etablierten Parteien ND und PASOK hätten hingegen drastisch an Zustimmung verloren – PASOK etwa habe 2009 noch 44 Prozent der

Stimmen erhalten, mittlerweile bewege sich die Partei bei Zahlen um die fünf Prozent. Das links-radikale Bündnis SYRIZA wiederum habe 2009 noch einen Wahlerfolg von 5,9 Prozent gehabt – jetzt stelle es gemeinsam mit den Rechtspopulisten ANEL die Regierung. Das in Griechenland jahrzehntelang dominante Zwei-Parteiensystem habe sich aufgelöst, die politische Landschaft sich dramatisch verändert, so das Fazit von Katsioulis.

### **Die Rolle und Verantwortung der Medien: Bringt die Flüchtlingskrise Deutschland und Griechenland wieder zusammen?**

Das abschließende Panel, bei dem *Maria Petrakis*, Vorsitzende der Organisation der ausländischen Presse in Griechenland, die moderierende Leitung übernahm, behandelte die Rolle der Medien in Griechenland und Deutschland. Sie habe in der Vergangenheit zwei wesentliche Narrative im Berichten über die so genannte Flüchtlingskrise erkannt, erklärte Petrakis: Einerseits seien die Flüchtlinge als Sicherheitsbedrohung, andererseits als Opfer dargestellt worden. Erst in den letzten Monaten habe eine „Humanisierung der Flüchtlinge“ stattgefunden, indem die Fliehenden nicht mehr nur als Bedrohung oder Kriegsoffer dargestellt werden, sondern in öffentlichen Diskussionen auch als hilfsbedürftige Menschen, die Schutz suchen. Hier wurde nochmals die Verantwortung deutlich, welche die Medien inne haben. „Wir Journalisten haben die Fähigkeit, solche Narrative zu erzeugen, sie aber auch zu verändern; dieser Verantwortung sollten wir uns immer bewusst sein“, so Petrakis.

Auch das deutsch-griechische Narrativ in den Medien habe sich verändert: Wurden die Griechen in der deutschen Presse mitunter schlicht als faul und betrügerisch dargestellt, gab es in der Vergangenheit griechische Darstellungen von der deutschen Bundeskanzlerin, die an die NS-Zeit erinnerten. Hier sei auf beiden Seiten ein großer Lerneffekt eingetreten, indem mehr Sachlichkeit in die Berichterstattung eingezogen sei. Verantwortlich dafür sei auch die Flüchtlingskrise, von der beide Seiten stark betroffen seien, was wiederum in Deutschland Griechenland-freundliche Berichterstattung und umgekehrt begünstigt habe. Es sei das erste Mal seit Jahren, dass Griechen und Deutsche nebeneinander in einem positiven Licht stehen würden, so Kaki Bali von der Athener Tageszeitung Avgi.

Die Gesprächsrunde setzte sich daraufhin mit der Frage auseinander, wo in der journalistischen Berichterstattung bei all dem persönlichen Leid, das man aufdecke, die Linie zu ziehen sei zwischen subjektivem Geschichten-Erzählen und objektivem Journalismus. Christos Katsioulis gab zu bedenken, dass die nationale Presse beider Länder immer auch rückgebunden an ihr nationales Publikum sei. Um so nötiger sei es, durch „Cross-Border“-Journalismus und internationalen Austausch beschränkte, nationale Perspektiven zu überwinden.

Ein Ansatz, dem sich die Konferenz in Delphi voll und ganz verschrieben hat. Als Schlusswort sei daher der Ausspruch von Dimitris Bounias – freiberuflicher Journalist in Athen – entliehen, der im Zuge des letzten Panels festhielt: Je mehr Informationen wir heute in der international vernetzten und globalisierten Welt erhalten, desto mehr Kontext brauchen wir, um sie einzuordnen! Den notwendigen Rahmen zum konstruktiven Austausch lieferte der dritte deutsch-griechische Mediendialog der Südosteuropa-Gesellschaft in Delphi.